



Öffentlicher Teil .....	3
1. Niederschrift über Sitzung vom 10.02.2009.....	3
2. Antrag der Fraktion die Grünen vom 15.03.2009 „Mehrgenerationenwohnen in Brühl“ .....	3
3. 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Stettiner-, Breslauer-, Danziger-, Königsberger- und Schultheißstraße“ .....	4
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch .....	4
4. Bebauungsplan 11.03 „Süd-West-Ecke Zum Sommersberg - Kierberger Straße“ .....	5
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit § 13a BauGB .....	5
5. Entwurfsplanung – Bahnhofsumfeld .....	
Bezug: Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten .....	6
6. Befreiungen von Bebauungsplanfestsetzungen im Zeitraum .....	7
01. Januar bis 31. Dezember 2008.....	7
7. Mitteilungen .....	7
8. Anfragen .....	7
8.1 Bebauungsplan 06.01/II ‚Busparkplatz Kuhgasse‘, .....	
Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne) .....	7
8.2 Änderung des Gebietsentwicklungsplan zur Erweiterung .....	
des Phantasialandes, Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne) .....	7
8.3 Wohnbauflächenkonzept, Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne).....	8
8.4 Bebauungsplan 01.01 ‚Giesler-Galerie, Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne) .....	8
8.5 Innerstädtische Rahmenplanung, Anfrage Ratsfrau Grafe (SPD) .....	8
8.6 Zweigleisiger Ausbau der Linie 18, Anfrage Ratsfrau Grafe (SPD).....	8
8.7 Aufsichtsratsmandate von Ratsmitgliedern, Anfrage Ratsherr Blanke (SPD) .....	8
B) Nichtöffentlicher Teil .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
9. Mitteilungen .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
10. Anfragen .....	<b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>
10.1 Ausweisung neuer Baugebiete, Anfrage SK Hinze (SPD).. <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>	
10.2 Gartenhäuser im Außenbereich, Anfrage SK Hinze (SPD) <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>	
10.3 Fußwegverbindung zwischen Kaiserstraße und Stettiner Straße <b>Fehler! Textmarke nicht definiert.</b>	

Anfrage Ratsherr Gerharz, F. J. (CDU) ..... **Fehler! Textmarke nicht definiert.**

## Öffentlicher Teil

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende des Ausschusses für Planung und Stadtentwicklung die anwesenden Bürger und Bürgerinnen, die Mitglieder des Ausschusses und die Vertreter der Verwaltung.

Zu Top 3 der heutigen Sitzung weist er daraufhin, dass die Tischvorlage die 331/72 k die noch mit der Einladung versandte Vorlage 331/72 j komplett ersetzt, letztere werde daher zurückgezogen.

### 1. Niederschrift über Sitzung vom 10.02.2009

Gegen die Fassung der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

**-einstimmig-**

### Ä 2. Antrag der Fraktion die Grünen vom 15.03.2009

**„Mehrgenerationenwohnen in Brühl“**

**Vorlagen-Nr.: 6/09**

Ratsfrau **Niclasen** (Grüne) erklärt nochmals kurz mündlich die Gründe für den Antrag der Fraktion der Grünen. Sie verweist dabei u. a. auch auf Gespräche mit Herrn Schlerth dem Behindertenbeauftragten der Abt. Soziales und zahlreiche Gespräche mit verschiedenen Bürgern, die Interesse an solchen Projekten bekundet hätten.

Sachkundiger Bürger **Schmidt, N.** (CDU) weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion auch für den Einstieg in ein solches Projekt votiere, so z. B. beim Bebauungsplan 06.15. Hier stelle sich jedoch die Frage, ob der Standort der richtige ist.

Ratsherr **Schmitz** (bVb) sieht bedingt durch den demographischen Wandel, die Notwendigkeit für einen Einstieg in solche Vorhaben. Wichtig sei nicht der angegebene Termin, sondern die Tatsache, dass vernünftig recherchiert werde.

Ratsfrau **Braemer** (FDP) berichtet, dass ihr Fraktionskollege Pitz in dieser Richtung von Studien gesprochen habe die sich negativ über solche Projekte äußerten.

Auch Ratsherr **Blanke** (SPD) berichtet von einer Umfrage der SPD-Fraktion in Brühl-Ost, danach sei das Interesse an Mehrgenerationen-Wohnen eher gering, größeres Interesse genieße eindeutig das Angebot Betreutes-Wohnen.

Ratsfrau **Niclasen** (Grüne) stellt klar, das es nicht allein um Mehrgenerationen-Wohnen gehe, sondern auch um altengerechtes Wohnen. Wegen der angeregten Recherche zu diesem Thema sei der genannte Termin im Antrag nicht so wichtig, es wäre auch bis zum Jahresende akzeptabel.

Der **Bürgermeister** verweist auf seine letzte Haushaltsrede, dort habe er das Thema schon erwähnt. Die Anfänge seien gemacht und nun müsse weiter verifiziert werden in Form von Recherche im Hinblick auf Studien, Verhandlungen mit Investoren u. ä.

Der **Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung** beauftragt die Verwaltung, geeignete Grundstücke innerhalb laufender Bebauungsplanverfahren zu suchen (städtische oder private), sowie mit möglichen Trägervereinen zur Realisierung eines Mehrgenerationenprojektes Kontakt aufzunehmen. Die Ergebnisse sollen noch im Laufe dieses Jahres dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung vorgestellt werden.

**- einstimmig -**

**3. 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 „Stettiner-, Breslauer-, Danziger-, Königsberger- und Schultheißstraße“  
hier: Satzungsbeschluss gem. § 10 Baugesetzbuch  
Vorlagen-Nr. 331/72 k**

Der Ausschuss für **Planung und Stadtentwicklung** empfiehlt dem Rat folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Brühl beschließt gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), die Vereinfachte Änderung nach der öffentlichen Auslegung zur 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7.

2. Der Rat der Stadt Brühl beschließt unter Abwägung der öffentlichen und privaten Belange und unter Bezug auf die nachstehenden Erläuterungen über folgende Anregungen aus Frühzeitiger Bürger- und Trägerbeteiligung und aus Öffentlicher Auslegung zur 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr.7 ‚Stettiner-, Breslauer-, Danziger-, Königsberger Straße und Schultheißstraße‘.

A - Anregungen aus der öffentlichen Auslegung vom 27.11. – 12.12.2008 und Trägerbeteiligung (Frist zum 19.12.2008)

Teil A 1 der Anlage: Stellungnahmen der Bürger

B 1.1 Irmgard Esser-Limburg u. Dr. Hanno Limburg, Anschreiben vom 27.11.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.2 Familie Weselowski , Anschreiben vom 11.1.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.3 Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.4 Sabine Schröder + Achim Reintgen, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.5 Ulrike + Norbert Meyer, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.6 Elisabeth + Rudolf Barth, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.7 Sylvia Schilling + Markus Heiden, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.8 Karen + Willem Kluthe, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

B 1.9 Uschi Tapaße + Carsten Röhrig, Anschreiben vom 07.12.2008:

Die Anregung wird berücksichtigt bzw. ist durch die erneute Auslegung gegenstandslos.

Teil A 2 der Anlage: Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange

T 1.1, Bezirksregierung Arnsberg Abt. Bergbau u. Energie, Anschreiben vom 10.12.2008.

- keine Bedenken, entfällt.

T 2.1, Rhein-Erft-Kreis - Der Landrat - Kreispolizeibehörde , Anschreiben vom 27.11.2008.

- Keine Bedenken, entfällt.

T 3.1, Stadtwerke Brühl GmbH, Anschreiben vom 28.11.2008.

- Keine Bedenken, entfällt.

T 10.1, Stadt Brühl FB 61-2, vom 01.12.2008.

- Die Anregungen werden berücksichtigt.

3. Der Rat der Stadt Brühl beschließt gemäß § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1

des Gesetzes v. 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 als Satzung.

Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Kierberg, Flur 3 und betrifft die Grundstücke Stettiner Straße 1 – 31, Kierberg Flur 1 Stettiner Straße 2 - 56, Breslauer Straße 1 – 25 und 2 – 96, sowie Danziger Straße 1 – 45, ferner die Grundstücke Gemarkung Vochem, Flur 1, Danziger Straße 2 – 70, Königsberger Straße 1 -45 und die Schultheißstraße 1 -75 und 2 – 60 (siehe Übersichtsplan).

Der Satzungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen; der Bebauungsplan ist mit der Begründung zu jedermanns Einsicht bereitzuhalten, über den Inhalt ist auf Verlangen Auskunft zu geben.

Hinweis:

Die 10. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 7 wurde im Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufgestellt, da Umweltbelange nicht berührt wurden.

- einstimmig -

4. **Bebauungsplan 11.03 „Süd-West-Ecke Zum Sommersberg - Kierberger Straße“  
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 i.V. mit § 13a BauGB  
Vorlagen-Nr. 7/09**

**Caspers** erläutert die Zielsetzung des Bebauungsplanes, danach sei vorgesehen, dass die alten Mietwohnhäuser an dieser Stelle beseitigt werden um Platz für Neubauten zu schaffen.

SK **Schmidt, N.** (CDU) berichtet dass die GEB AUSIE ein Gutachten habe erstellen lassen, wonach die Bausubstanz aus den 50'er – und 60'er-Jahren als schlecht bis sehr schlecht eingestuft wurde. Die Wohnungen seien zu klein für Familien, es fehlten Balkone, der allg. Zustand sei sehr mäßig. Der Aufsichtsrat habe die Maßnahme einstimmig beschlossen.

Sowohl der **Vorsitzende** als auch der **Bürgermeister** rügen SK **Schmidt, N.** (CDU) ob seines Berichtes aus dem Aufsichtsrat der GEB AUSIE, dies dürfe normalerweise nicht in der Öffentlichkeit geschehen.

Ratsherr **Schmitz** (bVb) befürwortet die Aufstellung des Bebauungsplanes, er hält das Ziel, die Erstellung neuen Wohnraumes nicht nur für gut sondern auch für dringend geboten. Er bittet die ‚Umsetzung‘ der Mieter sozialverträglich zu gestalten.

Die Ratsfrauen **Grafe** (SPD) und **Niclasen** (Grüne) sind der gleichen Meinung, finden es jedoch befremdlich, dass solche Dinge im Aufsichtsrat der GEB AUSIE geregelt würden.

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass der Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung über die Aufstellung von Bebauungsplänen und deren Inhalte entscheidet. Er wisse von Leerständen in den alten Wohnhäusern, Nichtstun wäre nicht zielführend.

Der **Bürgermeister** spricht von einem normalen Vorgang, initiiert durch den Eigentümer, im Rahmen des beschlossenen integrierten Handlungskonzeptes für die Soziale Stadt Brühl-Vochem. Abschließend weist er darauf hin, dass der Rat rechtlich seine Vertreter im Aufsichtsrat verpflichten könne, eine bestimmte Meinung zu einem Thema zu vertreten.

SK **Hinze** (SPD) möchte wissen, wieso es keinen Entwurf zum Plangebiet gebe, bei anderen Bebauungsplänen wie 06.15 ‚südlich K 7/ L 183 Alte Bonnstraße‘ oder 04.05 ‚Rheinstraße/ Parkstraße‘ hätten doch auch Entwürfe zur Beschlussfassung vorgelegen.

Der **Bürgermeister** erläutert, zunächst würden Ideen gesammelt und Entwürfe entwickelt, danach gebe es eine Vorstellung im Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung.

Zum Thema Weitergabe von Informationen aus den Aufsichtsrats-Mandaten durch Ratsmitglieder in den Ratsausschüssen sagt er zu, eine rechtliche Stellungnahme durch das Bürgermeisterbüro, Frau Müller, fertigen zu lassen, und allen Ratsmitgliedern und Sachkundigen Bürgern zukommen zu lassen.

Der **Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung** der Stadt Brühl beschließt gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 13a BauGB, in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 09. 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes v. 21. 12. 2006 (BGBl. I S. 3316), die Aufstellung des Bebauungsplanes 11.03 ‚Süd-West-Ecke Zum Sommersberg - Kierberger Straße‘. Das Plangebiet liegt in der Gemarkung Vochem, Flur 2, Flurstücke 6146, 6266, 6149, 6150 und 6207, dies sind die Grundstücke Zum Sommersberg 21 bis 27 und Kierberger Straße 36 und 36a.

Der Übersichtsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Der Bebauungsplan 11.03 wird im Verfahren gemäß § 13a BauGB zur Nachverdichtung bzw. der Innenentwicklung ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 aufgestellt, da Umweltbelange nicht berührt werden.

Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

- einstimmig -

## 5. Entwurfsplanung – Bahnhofsumfeld

**Bezug: Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten**

**Vorlage-Nr. 11/09**

Der **Bürgermeister** berichtet, dass die Verwaltung seit über 1 Jahr Überlegungen zur zukünftigen Nutzung des Bahnhofsgebäudes Brühl durchführt. Im Zuge des Erwerbs des Bahnhofes durch die Stadt hat die Bahnflächenentwicklungsgesellschaft (BEG) ein Konzept zur Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes erarbeitet, welches 2 Alternativen vorsieht. Dabei soll die heutige, unbefriedigende Verkehrslösung, die Busse und PKW's stehen in der Sichtachse vom Bahnhof zum Schloss, geändert werden. Die von der Verwaltung favorisierte Lösung A sieht eine Verlagerung der Buswendeanlage auf das Gelände des Parkplatzes und dessen Erweiterung vor. Dem gegenüber steht die Lösung B, von den Denkmalschützern des Landes favorisiert, welche eine Verlagerung der Wendeanlage nördlich des bestehenden Bahnhofsvorplatzes vorsieht.

**Schaaf** erläutert weitere Planungsschritte der Maßnahme, so ist u. a. vorgesehen, der Neubau eines Kioskes und einer WC-Anlage, sowie die Erweiterung der Radstation. Die Alternative A befreit die Sichtachsenbeziehung vom ruhenden Verkehr, daneben soll durch Verwendung hochwertiger Materialien das gesamte Bahnhofsumfeld tiefbautechnisch auf ein dem Denkmalbereich und der Welterbestätte angemessenes Niveau gebracht werden. Ferner solle der Bahnhof selbst einer gründlichen Sanierung im Sinne der Denkmalpflege unterzogen werden. Die Lösung B stelle keine wirklich überzeugende Alternative dar, da sie die Verkehrsfunktion auseinander ziehe und die Sichtbeziehungen zwischen Bahnhof, Max-Ernst-Museum und Schloss erheblich stärker beeinträchtigt. Daneben müssten auch einige der dort vorhandenen großen Bäume gefällt werden.

Ratsfrau **Grafe** (SPD) sieht in der Variante A auch die bessere Lösung. Fragt aber nach einer ‚Abholspur‘ für die PKW's welche Reisende vom Bahnhof abholen. Ferner regt Sie an, die Fahrradspur an den Treppen zu verbreitern und einen Warteraum für Reisende einzurichten. Abschließend vermisst Sie die Paraffe des Kämmerers auf der Vorlage, da diese ja erhebliche finanzielle Auswirkungen haben wird, wenn das Projekt im Rahmen des Programms genehmigt wird.

Ratsfrau **Niclasen** (Grüne) spricht sich ebenfalls für die Variante A aus und stellt neben den Punkten welche Frau Grafe bereits aufgeführt hat, die Frage inwieweit das Nutzungskonzept Kunstwerkstatt für das Max-Ernst-Museum in die Überlegungen eingeflossen sind.

Der **Bürgermeister** weist darauf hin, dass der Bahnhof noch bis 2011/12 verpachtet ist. Ratsherr **Schmitz** (bVb) bittet um Vorlage der Pläne für die Fraktionssitzung und fragt wer denn die Entscheidung für die Lösung A oder B treffe.

Der **Bürgermeister** erklärt der Rat treffe die Entscheidung und damit die Bürger. Ratsfrau **Brämer** (FDP) merkt zur Finanzierung an, dass für den Betrieb der geplanten Aufzugsanlagen mit Folgekosten in Höhe von 100.000,- €/ p. a. zu rechnen ist. Ratsherr **Blanke** (SPD) sieht noch Beratungsbedarf in den Fraktionen vor dem Ratsbeschluss. Auch SK **Schmidt, N.** (CDU) sieht Beratungsbedarf in den Fraktionen.

Um die Verwaltung nicht über Gebühr zu beanspruchen, schlägt der **Bürgermeister** vor, dass am Donnerstag dem 23.04.2009, eine Informationsveranstaltung für alle Fraktionen im Ratssaal durchgeführt werden soll.

Der Ausschuss für **Planung und Stadtentwicklung** empfiehlt dem Rat folgende Beschlüsse zu fassen:

Der Rat beschließt die Entwurfsplanung zur Umgestaltung des Brühler Bahnhofs bzw. des Bahnhofsumfeldes im Rahmen des Konjunkturpaketes I – Investitionsprogramm nationale UNESCO-Welterbestätten – und verpflichtet sich, die Komplementärfinanzierung in Höhe von 1/3 der Gesamtsumme = 1.623.665 Euro im Haushalt 2010/2011 einzustellen.

- einstimmig -

**6. Befreiungen von Bebauungsplanfestsetzungen im Zeitraum  
01. Januar bis 31. Dezember 2008**  
Vorlage-Nr. 198/86 m

Der **Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung** nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

**7. Mitteilungen**  
- keine -

**8. Anfragen**

**8.1 Bebauungsplan 06.01/II ‚Busparkplatz Kuhgasse‘, Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau **Niclasen** (Grüne) erinnert an das Bebauungsplanverfahren aus 2005 und möchte wissen, ob und wann dort etwas geschehe.

**Caspers** erklärt, der Verwaltung sei derzeit nicht Konkretes bekannt.

**8.2 Änderung des Gebietsentwicklungsplan zur Erweiterung des Phantasialandes, Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau **Niclasen** (Grüne) fragt nach dem Sachstand des Verfahrens im Hinblick auf die Erweiterungspläne des Phantasialandes und ob ein Zielkonzept vorliege.  
Der **Bürgermeister** weist auf die momentan laufenden Abstimmungsgespräche mit den verschiedenen Fachbehörden der Bezirksregierung und des Rhein-Erft-Kreis wegen den Erweiterungsplänen hin.

### **8.3 Wohnbauflächenkonzept, Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau **Niclasen** (Grüne) fragt nach dem Sachstand des Konzeptes.  
Der **Bürgermeister** weist auf die ausstehenden Stellungnahmen der Fraktionen hin und auf die noch zu führenden Gespräche mit der Bezirksregierung Köln.

### **8.4 Bebauungsplan 01.01 ,Giesler-Galerie, Anfrage Ratsfrau Niclasen (Grüne)**

Ratsfrau **Niclasen** (Grüne) möchte wissen, ob es in Sachen Bebauung der südlichen Fläche zur Liblarer Straße hin Neues gebe oder einen Investor.  
Der **Bürgermeister** erklärt es gebe Interessenten, aber kein konkretes Vorhaben.

### **8.5 Innerstädtische Rahmenplanung, Anfrage Ratsfrau Grafe (SPD)**

Ratsfrau **Grafe** (SPD) fragt nach dem Stand der verschiedenen, vorgesehenen Maßnahmen, wie u. a. die geplante Bebauung des Belvedere-Geländes (Hotel oder Wohnbebauung). Der **Bürgermeister** erläutert, gerade das angesprochene Projekt erfordere einen enormen personellen Einsatz, wegen der Abstimmungsgespräche mit dem Landeskonservator und der UNESCO.

### **8.6 Zweigleisiger Ausbau der Linie 18, Anfrage Ratsfrau Grafe (SPD)**

Ratsfrau **Grafe** (SPD) fragt nach dem Sachstand des zweigleisigen Ausbau der Linie 18, und ob das Unglück in Köln, Einsturz des historischen Stadtarchivs in der Severinstraße in Köln im Zuge der Bauarbeiten für die U-Bahn, einen Einfluss auf die Zeitschiene haben wird. Der **Bürgermeister** erklärt, vorher habe es normal weitergehen sollen. Derzeit müsse man abwarten. Der **Vorsitzende** ergänzt, dass die Stadtbahn-Gesellschaft-Rhein-Sieg/SRS keine Zukunft mehr hat, sie werde z. Zt. abgewickelt. Überhaupt sei er der Meinung, dass die gesamte Struktur des ÖPNV eine Katastrophe sei.

### **8.7 Aufsichtsratsmandate von Ratsmitgliedern, Anfrage Ratsherr Blanke (SPD)**

Ratsherr **Blanke** (SPD) möchte Klarheit zum Thema (siehe auch TOP 5 der Niederschrift), was dürfen Ratsmitglieder mit Mandaten in Aufsichtsräten, aus diesen Aufsichtsratsitzungen berichten und wo.  
Der **Bürgermeister** sagt eine Ausarbeitung durch das Ratsbüro -Frau Müller- zu, welche der Niederschrift des PStA und HA beigefügt wird.